

Gastkommentar

Angriff auf Umweltschutz

Von Franz Maier

Das kürzlich vorgestellte Verwaltungsreformpaket entpuppt sich als Angriff auf den Umweltschutz. Die ursprüngliche Begutachtungsfrist von nur fünf Tagen wurde nach Protesten zwar auf vier Wochen ausgedehnt, das macht die Sache aber nicht besser: Denn unter dem Deckmantel „Verwaltungsvereinfachung“ wird der Öffentlichkeit eine massive Schwächung der Mitwirkungsmöglichkeiten für Gemeinden, Umweltschutzvereine und NGOs verkauft.

Die Realität zeigt: Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist ein gut etabliertes und ausgewogenes Bewilligungsverfahren. Insgesamt sind UVPs ein Bewilligungs- und keineswegs ein Verhinderungsinstrument. Nur drei Prozent aller beantragten UVPs enden mit einem negativen Ergebnis. Viel wichtiger ist: Die Verfahrensdauern werden durch UVPs als konzentriertes Verfahren verkürzt auf durchschnittlich 9,9 Monate von Beginn der öffentlichen Auflage bis zur Entscheidung. Die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit ist eine Mindestanforderung in Sachen guter Regierungspraxis.

Der vorliegende Vorschlag ist das Gegenteil: Klientelpolitik für die Wirtschaftskammer im Stil der 1970er-Jahre – Regierungspraxis. Insbesondere die geplante Pflicht zur Offenlegung von Spenden an NGOs entlarvt den Vorschlag als großes Ablenkungsmanöver, weil bei den eigentlichen Hemmnissen – Gewerbeordnung, Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung etc. – nichts weitergeht. Darüber muss geredet werden – statt über untaugliche Versuche, schlechte Projekte gegen Bevölkerung und Zivilgesellschaft durchzuboxen.

franz.maier@umweltdachverband.at

Franz Maier ist Präsident des Umweltdachverbandes.